



Warum sind Boykotte schädlich, *Herr Anwalt?*

76–87

Der israelische Staranwalt Calev Myers kämpft für die Menschenrechte. So hat er den obersten Führer der Hamas für Kriegsverbrechen gegen Palästinenser vor den internationalen Gerichtshof in Den Haag gebracht. Seine Formel für Frieden: »Make jobs, not war.«

 **Eric Johnson**

 **Israel Myers, Yashar Architects**

Herr Myers, Sie bewegen sich oft im Westjordanland. Wie müssen wir uns die palästinensische Wirtschaft dort vorstellen?

Es gibt keine unabhängige palästinensische Wirtschaft. Sie ist vollständig abhängig von israelischen Arbeitsplätzen und von humanitärer Hilfe. Etwa 100 000 Palästinenser sind in jüdischen Unternehmen beschäftigt: Rund ein Drittel der Arbeitsplätze befinden sich im Westjordanland, die anderen zwei Drittel in Israel selbst. Jeder dieser Arbeitsplätze unterstützt in der Regel eine zehnköpfige Großfamilie – von den Großeltern über die Kinder bis zu den engen Verwandten. So leben eine Million Palästinenser im Westjordanland von 300 Millionen US-Dollar, die sie in einem israelischen Unternehmen verdienen. Das ist ein beachtlicher Teil der Bevölkerung, die man auf etwa zwei Millionen Menschen schätzt. Diese Arbeitsplätze sind sehr begehrt. Denn die Löhne in israelischen Unternehmen sind in der Regel fünfmal so hoch wie bei palästinensischen Arbeitgebern.

Viele Palästinenser verdienen ihr Geld in israelischen Unternehmen.

Die Palästinenser sind also auf internationale Hilfe angewiesen?

Es ist mehr internationale Hilfe für die palästinensische Sache geflossen als für jedes andere Anliegen. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) erhält 1200 Millionen Dollar pro Jahr zur Unterstützung von 5,6 Millionen Menschen im Nahen Osten, die als palästinensische Flüchtlinge ausgewiesen sind. Im Jahr 2018 beendeten die Vereinigten Staaten die Finanzierung von fast einem Drittel der UNRWA. Der Grund: Sie bezeichneten die Organisation als korrupt und von anti-israelischen und antisemitischen Gefühlen durchdrungen. Die deutsche Regierung sprang sofort ein, um einen Teil der Haushaltsdefizite auszugleichen. Fakt ist aber: Mitarbeiter des UNRWA wurden infiltriert und stark mit den terroristischen Überzeugungen der Fatah und der Hamas, den beiden größten Fraktionen der Palästinensischen Befreiungsorganisa-

tion, indoktriniert. Die Fraktionen betreiben beispielsweise die Politik »Pay to slay« (»bezahlen, um zu erschlagen«): Terroristen in israelischen Gefängnissen erhalten von der Palästinensischen Autonomiebehörde jeden Monat »Gehälter« in Höhe von Tausenden von Dollars.

Der israelische Philosoph Omri Boehm kreidet Israel an, dass der Staat im Westjordanland »de facto eine Apartheid« schaffe.

Das Westjordanland – das ich als die »umstrittenen Gebiete« bezeichne – steht definitiv nicht unter Apartheid. Denn die israelischen Bürger dort, ob Araber, Christen oder Juden, genießen die gleichen Rechte wie jeder andere israelische Bürger. Palästinenser, die unter der Ägide der Palästinensischen Autonomiebehörde leben, haben alle Rechte, die ihnen von dieser Behörde gewährt werden. Und das ist die eigentliche Frage: Wie sollten diese Rechte aussehen? Die Palästinensische Autonomiebehörde ist ein diktatorischer Polizeistaat, der seinem Volk nur sehr wenige Rechte einräumt. Ich sehe eine Apartheid in einigen arabischen Staaten, die Israel umgeben. Libanon, Syrien und Ägypten behandeln die Palästinenser wie illegale Ausländer. Palästinenser sind dort weit entfernt von der Gleichberechtigung. Sie haben fast überhaupt keine Rechte. Jordanien gewährt den Palästinensern mehr Rechte, aber nicht dieselben, über die jordanische Bürger verfügen.

Die Berichte aus dem Westjordanland sind oft widersprüchlich. Einige Besucher erzählen, dass Araber und Juden dort meist in Frieden zusammenleben. Was halten Sie davon?

Gehen Sie in eine medizinische Klinik. Sie werden sehen, wie Palästinenser und Israelis sich gegenseitig helfen. Versuchen Sie es in einem Supermarkt. Sie werden sehen, wie die Leute zusammen einkaufen, zusammen verkaufen, zusammenarbeiten. Wir neigen dazu, den Konflikt zu »hypen«, wie unser ehemaliger Premierminister und Staatspräsident Shimon Peres einmal sagte: »Politiker machen Probleme, Unternehmen machen Lösungen.« In Unternehmen in jüdischem Besitz treffen Sie auf Palästinenser in der »C-Suite«, in der Chefetage. In Wirtschaft und Handel arbeiten Menschen zusammen, um Werte und Arbeitsplätze zu schaffen, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Deshalb helfen Appelle an multinationale Unternehmen, das Westjordanland zu boykottieren, weder dem Frieden noch den

Palästinensern. Im Gegenteil. Diese Menschen wollen und brauchen diese Arbeitsplätze. Das bekannteste Beispiel für einen Boykott, bei dem der Schuss nach hinten losging, war jenes von SodaStream (das israelische Unternehmen gehört seit 2018 zu PepsiCo). Unter dem Druck der Aktivisten verlagerte der Trinkwassersprudelhersteller 2015 seine Produktion aus dem Westjordanland nach Israel. Dadurch verloren 500 palästinensische Fabrikarbeiter ihren Arbeitsplatz.

Dennoch sind jüdische Siedlungen im Westjordanland illegal...

Nein. Die San-Remo-Resolution von 1920, die nach dem Ersten Weltkrieg verabschiedet wurde, erklärte das Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan zu einem jüdischen Staat. Diese wurde vom Völkerbund ratifiziert: Wir sprechen also von bindendem Völkerrecht. Im arabisch-israelischen Krieg von 1948 nahm Jordanien Teile des Westjordanlandes ein und Ägypten den Gazastreifen. Ägypten verzichtete 1978 auf seine Ansprüche auf den Gazastreifen, und Jordanien gab 1988 seine Ansprüche auf das Westjordanland auf. Jüdische Siedlungen im Westjordanland ist es nicht gestattet, Land im Besitz von Palästinensern zu beschlagnahmen oder zu besetzen. Die israelischen Gerichte entscheiden konsequent zugunsten der palästinensischen Eigentumsrechte. Juden dürfen sich nur auf Land niederlassen, das ihnen selbst oder dem israelischen Staat gehört. Dieses Land erwarben Israelis einst rechtmäßig von den früheren Besitzern im Osmanischen Reich.

Palästinenser und Muslime bitten Sie um rechtlichen Beistand, obwohl Sie Israeli sind. Woher kommt das Vertrauen zu Ihnen?

Diese Menschen kommen nicht zu mir, ich gehe zu ihnen. Menschen ohne Stimme haben keine Möglichkeit, mich zu erreichen: Wir versuchen, sie zu erreichen; wir versuchen, ihnen eine Stimme zu geben. Wir untersuchen Missbräuche internationaler Gesetze und Verstöße gegen die Menschenrechte. Aus diesem Grund habe ich das »Jerusalem Institute of Justice« gegründet. Wir erinnern die Regierungsbehörden an ihre Verpflichtung, Menschen mit Würde zu behandeln und die Menschenrechte zu wahren. Wir erwarten von der israelischen Regierung, dass sie dies tut. Und wir erwarten dasselbe von der palästinensischen Regierung. In unserer Arbeit fordern wir die Menschen auf, als Zeugen aufzutreten und auszusagen (aber anonym, zu ihrem

eigenen Schutz). Wir sind nicht an jemandem interessiert, der etwas von jemandem gehört hat, der etwas von jemandem gehört hat, der etwas von jemandem gehört hat, der etwas gehört hat. Vielmehr sammeln wir Beweise von Menschen, die Missbrauch direkt miterlebt haben: Repression, Folter, sogar Mord. Hauptberuflich bleibe ich aber Wirtschaftsanwalt. Ich erledige diese Menschenrechtsarbeit nebenbei, um Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Wir haben Beweise von Menschen, die unter Missbrauch leiden.

Und das hat Sie 2017 dazu veranlasst, die Herrschaft der Hamas, eines Zweigs der Muslimbruderschaft, infrage zu stellen?

Ja, ich habe 2017 den obersten Führer der Hamas, Ismail Haniyeh, in Gaza und vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen Kriegsverbrechen an Palästinensern verklagt. Die Menschenrechtsverletzungen von Palästinensern gegen Palästinenser werden auf internationaler Ebene kaum beachtet, aber sie sind bedeutsam. Die Hamas führt einen Polizeistaat, eine Diktatur, die ihre eigene Bevölkerung missbraucht. Unschuldige Menschen werden als menschliche Schutzschilde benutzt, Waffen werden in Schulen und Krankenhäusern gelagert, Verhaftungen sind politisch. Die Klage war eine Stimme, die in der Wildnis gegen diese Misshandlungen aufschrie. Obwohl die Mühlen der internationalen Justiz langsam mahlen, gewinnt unser Fall an Zugkraft. Letztes Jahr stimmte das Gericht zu, den Sachverhalt zu untersuchen.

Seither haben Sie Ihre Tätigkeit ausgeweitet. Sie bekämpfen nicht nur Ungerechtigkeiten, sondern fördern auch den Ausbau der Zusammenarbeit. Erzählen Sie uns davon.

Im Jahr 2016 half ich bei der Gründung einer Nichtregierungsorganisation namens ARISE (»Alliance to Reinforce Israel's Security & Economy«). Im Mittelpunkt dieser Organisation steht meine Überzeu-



Apple R&D Center

2011 hat Apple den ersten Mitarbeiter in Israel angeheuert. Heute tüfteln hier rund tausend smarte Köpfe. In Herzliya liegt das größte Forschungszentrum außerhalb des Hauptsitzes in Kalifornien.

gung, dass Kooperationen letztlich stärker sind als Konflikte. Wenn Unternehmen zusammenarbeiten, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen, können wir Vorurteile und Hass überwinden, die uns trennen. ARISE unterstützt dies, indem es Unternehmen auf der ganzen Welt mobilisiert, sich mit Israel und dem Westjordanland zu verbinden und mit ihnen Handel zu treiben. Während einige in der Welt nach »Boycott« schreien, haben wir uns in Tel Aviv getroffen, um Unternehmen zusammenzubringen. Unser Willkommensgruß richtet sich an Unternehmen aus aller Welt – gerade auch an solche in christlichem Besitz.

Israel steckt pro Kopf mehr Geld in die Forschung als jedes andere Land.

Wie wollen Sie Firmen anlocken?

Unsere Hauptbotschaft ist, dass Israel das Silicon Valley des Ostens ist. Pro Kopf stecken wir mehr Geld in Forschung und Entwicklung als jedes andere Land der Welt – nämlich rund 2000 Dollar pro Jahr. An der amerikanischen Hightechbörse NASDAQ kommt die drittgrößte Konzentration von Technologieunternehmen – hinter der Nummer eins USA und der Nummer zwei China – aus dem kleinen Israel. Hier gibt es eine lange, wachsende Liste von Weltklassenamen mit Forschungszentren. Beginnen wir beim Buchstaben: Alibaba, Amazon, Apple, AT&T ... bis hin zu X wie Xerox.

Nennen Sie uns ein erfolgreiches Beispiel für eine multireligiöse Unternehmenskooperation?

Die Unternehmen im Barkan-Industriepark im Westjordanland, etwa 25 Kilometer östlich von Tel Aviv, beschäftigen etwa 20 000 Mitarbeiter, die Hälfte davon Palästinenser. Der Park wird von der Handelskammer zwischen Judäa und Samaria unterstützt und von einem Vorstand aus Arabern und Israelis geleitet, die zum Wohle beider Seiten zusammenarbeiten. Anstatt sich mit Steinen zu bewerfen, enga-

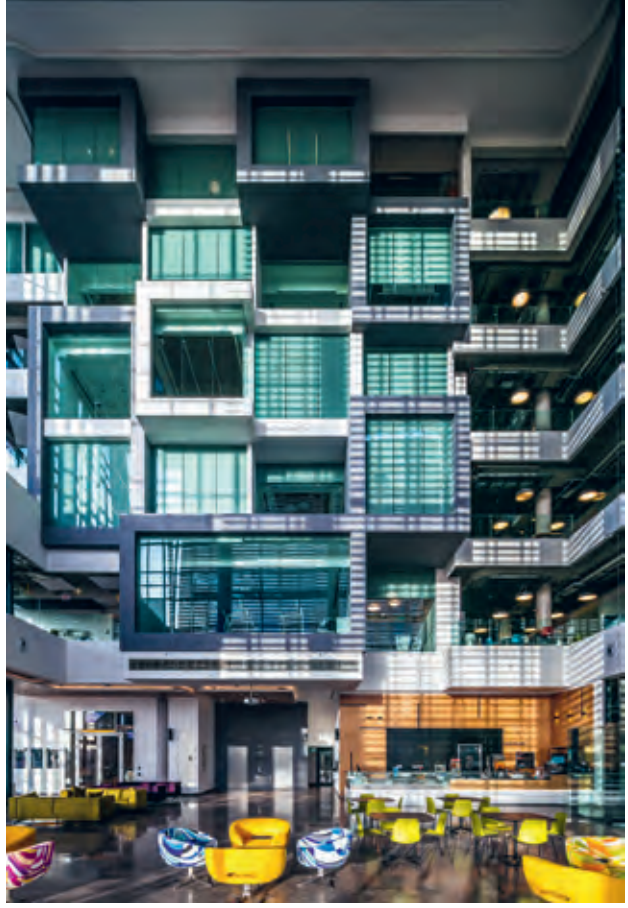


Samsung Research & Innovation Israel

*Schon 1997 hat Samsung ein Auge aufs »Heilige Land« geworfen.
Seither forscht der Konzern hier wie sonst nur in Korea.
Und ab und zu schluckt er wieder ein israelisches Start-up.*

SAP Labs Israel

Hinter der Cloud Plattform von SAP stecken israelische Köpfe. Sie tüfteln seit 1998 an Innovationen. So gut, dass der deutsche Konzern für sie einen Neubau für 450 Mitarbeiter erstellt hat.



gieren sich diese Menschen dafür, Mehrwert zu schaffen und Gewinn zu erzielen. Das gleiche Denken steckt hinter dem jüngsten Friedens- respektive Handelsabkommen zwischen Israel, Bahrain und den Ver- einigten Arabischen Emiraten (Abraham Accords Peace Agreement), das im September 2020 unterzeichnet wurde. Alle Seiten sagen: »Las- sen wir unsere Differenzen beiseite und beginnen wir, daran zu arbe- iten, Wohlstand und Wohlergehen für unsere Völker zu schaffen!«

Statt uns mit Steinen zu bewerfen, wollen wir gemeinsam Jobs schaffen.

Erleben Sie denn auch ganz persönlich ein Miteinander der Religionen und Kulturen?

Mein bester Freund von der juristischen Fakultät, Hamudi (Mohamed) Na'amne, ist ein Muslim aus Nazareth. Wir lernten uns kennen, weil wir zwischen den Klassen Snooker spielten. Daraus ist über die Jahre eine tiefe Freundschaft gewachsen. Wir führen wunderbare Dis- kussionen über Religion. Und wir teilen viele Werte: dass Menschen nach Gottes Bild geschaffen sind, dass Gott sich den Menschen offen- bart, dass das oberste Gebot ist, den Nächsten wie sich selbst zu lie- ben, und dass wir alle einander lieben und einander dienen sollten. Hamudi ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie muslimische Israe- lis Erfolg haben können. Kürzlich wurde er in das Komitee berufen, das die obersten Richter in Israel ernannt. Er ist einer von drei Part- nern in einer florierenden Anwaltskanzlei in Nazareth – der zweite Partner ist Jude, der dritte ein christlicher Araber. Das Trio schafft Arbeitsplätze, nicht Krieg.

Sie sind Jude, glauben aber zugleich an Jesus. Wie kommt es zu dieser Kombination?

Mein Vater ist ein Jude, meine Mutter eine Christin. Damit bin ich aufgewachsen – und ich habe nie einen Konflikt gesehen. Ich glaube, man kann beides sein. Christen haben die jüdische Botschaft, die in

Israel nur einer kleinen Gruppe bekannt war, aufgenommen und in der ganzen Welt verbreitet. Ich sehe Juden und Christen als Anführer zweier großer Revolutionen in der Beziehung des Menschen zu Gott. Vor Moses brachten die Menschen Tausende von Opfern für Tausende von Gottheiten dar: Dies wurde in sechs Opfertagen für einen Gott zusammengefasst. Jesus verdichtete das weiter: ein Opfer für einen Gott. Jesus opferte sich selbst für die Menschheit. Seither können wir verstehen, dass Gott sagt: »Ich brauche all diese Opfer nicht!« Gott sagt: »Ich liebe dich vorbehaltlos, was auch immer geschehen mag.« Das sollte uns motivieren, diese Gnade und Barmherzigkeit auf andere auszudehnen.

»Glaube, Hoffnung und Liebe bleiben«, heißt es im Neuen Testament. Was sagt Ihnen das?

Die Hauptbotschaft für mich steht im Rest des Satzes! Da heißt es: »Aber das Größte davon ist die Liebe.« Wir begegnen im Leben immer wieder Skepsis und Zynismus, vor allem jene unter uns, die unternehmerisch tätig sind und sich in der Wirtschaft einbringen. Da hinterfragt man sich manchmal. Man ringt mit Glauben und Hoffnung. Aber wenn man es lernt zu lieben, findet man das Herz Gottes – egal, wie wenig Glaube und Hoffnung in uns stecken. Ich rufe darum allen mutig zu: »Vielleicht haben wir einen anderen Glauben oder eine andere Hoffnung, aber wir können beide Liebe haben.« Die Liebe können wir heute praktisch umsetzen. Die Liebe dringt immer durch. Und dann begegnen wird Gott.



Eric Johnson

ist freier Journalist. Als Spezialist für Finanzen und Technologie kann er den Standpunkt von Calev Myers gut nachvollziehen.